

Ressort: Politik

Deutsche Wirtschaft lehnt Frauenquote ab

Berlin, 10.01.2018, 16:24 Uhr

GDN - Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) hat den Vorstoß von Familienministerin Katarina Barley (SPD) für eine gesetzliche Frauenquote für Unternehmensvorstände zurückgewiesen. Gesetzliche Quoten für Vorstände privater Unternehmen seien "nicht hilfreich", sagte Iris Plöger, Mitglied der BDI-Hauptgeschäftsführung dem "Handelsblatt" (Donnerstagsausgabe).

"Eine Quote für Vorstände wäre verfassungswidrig, sie stellt einen massiven Eingriff in die unternehmerische Freiheit dar." Außerdem bestünden über 80 Prozent der Vorstände börsennotierter Unternehmen aus ein bis drei Personen, so Plöger. "Die Regulierung solcher Kleinstgremien ist unverhältnismäßig." Andererseits unterstrich Plöger das große Interesse der Industrie, deutlich mehr weibliche Fach- und Führungskräfte zu gewinnen und zu fördern. "Die Unternehmen haben erkannt, dass sich vor allem durch Vielfalt innerhalb aller Teams optimale Ergebnisse erzielen lassen", sagte sie. Barley hatte vor dem Hintergrund einer neuen Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), einen Frauenanteil von unter zehn Prozent in den Vorständen etwa der großen deutschen Banken als nicht hinnehmbar kritisiert und erklärt: Wo selbstgesetzte Zielgrößen nicht wirkten, seien klare Regelungen notwendig. "Ansonsten wird sich in von Männern dominierten Führungsetagen nichts ändern", sagte die Ministerin dem "Handelsblatt". Der CDU-Wirtschaftsrat und die FDP reagierten ebenfalls ablehnend auf Barleys Vorstoß. "Geht die Große Koalition diesen Weg von mehr Quoten und bürokratischen Vorschriften, engen wir die qualitative Personalauswahl nur noch weiter ein", sagte der Generalsekretär des Wirtschaftsrats, Wolfgang Steiger, dem "Handelsblatt". "Deutschlands Wirtschaft kam bisher auch hervorragend ohne Quoten aus." FDP-Generalsekretärin Nicola Beer sagte: "So werden Frauen zu Platzhaltern degradiert und nicht entsprechend ihrer Leistungen gewürdigt." Die Liberalen setzten vielmehr auf "Anreize für die Unternehmen, verbindliche Berichtspflichten und transparente Selbstverpflichtungen", sagte Beer dem "Handelsblatt". Für gesetzlichen Druck plädieren die Grünen. "Die aktuellen Zahlen zeigen es erneut: Freiwillige Vereinbarungen bringen nichts. Sie werden leider zu Lasten der Frauen umgangen", sagte die Grünen-Bundestagsabgeordnete Katja Dörner dem "Handelsblatt". Während sich der Frauenanteil dank gesetzlicher Quote in den Aufsichtsräten positiv entwickle, gebe es in den Vorständen keine Fortschritte. "Deshalb ist auch hier eine gesetzliche Vorgabe richtig und überfällig."

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-100403/deutsche-wirtschaft-lehnt-frauenquote-ab.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile

info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com